

18. Januar 1952 Vor 65 Jahren Gründung des Museums für deutsche Geschichte im Osten Berlins

20. Januar 1942 Vor 75 Jahren fand die "Wannsee-Konferenz" in Berlin statt, auf der die "Endlösung" der Judenfrage beschlossen wurde.

27. Januar 1977 Vor 40 Jahren amnestierte Präsident Carter etwa 10.000 Vietnam-Kriegsdienstverweigerer

Linkes Blatt

DIE LINKE.

1. Ausgabe / 27. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

17. Januar 2017

Es geht um andere kulturelle Mehrheiten in diesem Land

Mit 98% wurde Frau Dr. Petra Sitte in einer Gesamtmittgliederversammlung der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 72 erneut zur Direktkandidatin gewählt.

Frau Dr. Sitte ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages, 2009 holte sie in ihrem Wahlkreis das Direktmandat und genau darum wird die LINKE auch in diesem Jahr kämpfen.

Frau Dr. Petra Sitte erklärte unter anderem: Die Menschen sollen wissen, woran sie mit uns sind. Deshalb wird sich die Kritik an den Verhältnissen auch mit authentisch-linken und realpolitischen Vorschlägen verbinden.

Es soll klar werden, dass Alltagsleben in Halle immer auch in Verbindung zur grundsätzlichen Ausrichtung der Politik steht.

In diesem Sinne werden wir einen ambitionierten und engagierten Wahlkampf führen.



Aus der letzten Stadtratssitzung vom 14. Dezember 2016

Nicht unüblich zum Jahresende: eine prall gefüllte Tagesordnung des Stadtrates.

Ein wichtiger Punkt war auch die Verabschiedung des Haushaltes der Stadt Halle (Saale) für das nächste Jahr. Um es gleich vorweg zu nehmen: er wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.

Doch zuvor gab der Oberbürgermeister seinen Bericht an den Stadtrat. Er informierte über ein Gespräch mit dem Land zur Finanzierung der halleischen Bühnen, in dem u.a. auch die Forderung der Reduzierung auf 99 Musiker wieder eine Rolle spielte. Die Stadtverwaltung möchte die Scheibe A in Halle-Neustadt als Verwaltungsstandort festschreiben; im Februar soll es dazu einen Bebauungsplan geben. Er berichtete weiter, dass weitere Ansiedlungen für den Star-Park avisiert sind; 300 Jobs sollen dort entstehen.

Zum Haushalt. Traditionell gibt es am Anfang der Debatte die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden. Und sie sind in diesem Jahr von allen Fraktionen sehr mit Kritik an der Verwaltung gespickt. Bodo Meerheim stellte zunächst klar, dass der Kompromissvorschlag der Fraktionen (er beinhaltet fast alle Positionen der verschiedenen Anträge der Fraktionen) auf Grund eines guten Miteinanders der Fraktionen entstanden ist. Er wünschte sich diese Zusammenarbeit auch für die Folgejahre! Bodo Meerheim lobte die Richtungsänderung der Investitionen, die sich auf Prioritäten der Schulen und Kitas richtet. Allerdings kritisierte er, dass für diese Umsetzung „Tafelsilber“ der Stadt verschleudert wird. Er erinnerte an den OB Rive, der schon zu seiner Zeit dafür gesorgt hat, mehr Vermögen als Stadt aufzubauen.

Dem Haushalt wurde mit dem Kompromiss aller Fraktionen zugestimmt. Unter anderem bedeutet dieser Kompromiss auch, dass wir mehr Geld für freie Theatergruppen, mehr Geld für die Jugendarbeit und auch für soziale Projekte haben. An diesen Anträgen war unsere Fraktion maßgeblich mit beteiligt.

Hans-Dietrich Genscher soll für sein Wirken durch die Stadt Halle geehrt werden.

Eine Arbeitsgruppe sollte Vorschläge unterbreiten, wie man Herrn Genscher am besten in dieser Stadt ehren könne, aber diese Arbeitsgruppe kam nicht so richtig zum Zuge. Durch die MZ forciert und vom Oberbürgermeister aufgegriffen, wurde von der Verwaltung eine Vorlage in den Stadtrat eingebracht, die

vorsah, dass der Bahnhofsvorplatz den Namen Hans-Dieter Genscher-Platz bekommt. In unserer Fraktion hätte wahrscheinlich ein Teil zugestimmt, doch diese Vorlage wurde noch einmal in den Fachausschuss zur weiteren Beratung vertagt. Als Dringlichkeit sollte die Vorlage „Umbenennung des Herder-Gymnasiums in Genscher-Gymnasium“ auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Mehrheit des Stadtrates hat sich aber gegen die Dringlichkeit ausgesprochen, so dass auch diese Vorlage nicht beschlossen wurde. Sie soll inhaltlich auch noch einmal im Fachausschuss diskutiert werden.

Durch die Medien ging das Thema schon lange vor der Stadtratssitzung: die Verlagerung des Standortes des Warenhauses „Globus“ vom jetzigen Standort im HEP-Markt zum Standort Dieselstraße. Die Diskussionen dazu waren in den Ausschüssen und im Stadtrat auch sehr heftig. Auch in unserer Fraktion gab es keine einheitliche Meinung dazu. Die Argumente, dass das bestehende Einzelhandelskonzept der Stadt Halle (Saale) u.a. auch mit diesem Beschluss „ausgeholt“ werde, standen im Streit zu den Argumenten, die sich um den Erhalt der Arbeitsplätze rankten. Der Großmarkt Globus fand im HEP-Markt nicht mehr die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung, so entstand die Idee der Neuanmietung an der Dieselstraße (der ehem. Baumarkt gehörte der Investitionsgruppe). Die Entscheidung war nicht einfach. Mehrheitlich stimmte der Rat aber für die Neuansiedlung.

Das Einzelhandelskonzept wird damit in naher Zukunft wieder diskutiert werden müssen!

Beschlossen wurde der Ausbau der Mansfelder Str. West- Gestaltungsbeschluss. 7,5 Millionen Euro werden für die Sanierung der Mansfelder Str. zwischen Saline und Rennbahnkreuz aufgewendet. Geh- und Radwege sollen entstehen.

Ebenfalls beschlossen wurde, dass der „Eisdom“ mit 23 Millionen Euro ausgebaut wird.

Der Antrag unserer Fraktion zur Gestaltung des Riveufers im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung wurde zur weiteren Beratung in den Planungsausschuss verwiesen.

Auch der Antrag zu Ehrengrabstätten auf kommunalen Friedhöfen, den wir zusammen mit der SPD-Fraktion gestellt haben, wird zunächst im Ordnungs- und Umweltausschuss weiter diskutiert.

Ute Haupt

Linksjugend Halle fordert das Land auf, endlich im Sinne von Schüler*innen zu handeln!

Seit mehreren Wochen steht das neue städtische Gymnasium in Halle (NSG) im Fokus der Diskussion. Mit dem Entschluss des Landes, keine weiteren Mittel zur Finanzierung des Ganztagesangebotes zur Verfügung zu stellen, stand das gesamte Konzept auf der Kippe. Nun gab es eine kleine Entwarnung. Bei einer vom Schulelternrat organisierten Diskussionsrunde zur Finanzierung und zur Anerkennung des Ganztagesprogramms des NSG konnte der Schulleiter die erfreuliche Nachricht überbringen, dass die Schule nun doch Mittel auf unbestimmte Zeit - aber mindestens ein für weiteres Halbjahr - erhält.

Damit ist das Bangen um den Erhalt des Konzepts aber noch lange nicht vorbei.

Denn der Antrag zur Anerkennung als Ganztageschule und entsprechende Förderung wird vom Land - wie schon im Sommer 2016, wegen der schlechten Unterrichtsversorgung - noch immer nicht genehmigt. Und das, obwohl die Schule durch viele Kooperationspartner durchaus eine Lösung für das Ressourcen-Problem gefunden hat.

Dazu erklärt Linksjugend-Mitglied und Stadträtin Josephine Jahn: „Obwohl das NSG eher eine Notlösung aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach gymnasialen Plätzen war, hat es sich in den letzten anderthalb Jahren unglaublich entwickelt und es ist geradezu eine Farce, dass das Land sich hier derart quer stellt, eine schnelle Lösung zu erzielen. Ganz klar hat der Stadtrat das Ganztageskonzept von Anfang an unterstützt und bestätigt.“ Schüler*innen und Eltern haben sich gerade deswegen für die Schule entschieden und die Lehrerschaft samt pädagogischer Koordinatorin haben ein Konzept erstellt, von dem so manche Schüler*innen nur träumen können. Schwerpunkte sind insbesondere individualisiertes und selbstorganisiertes Lernen, ein Warm up am Morgen sowie lange Pausen, außerunterrichtliche Angebote (Module) zur Persönlichkeitsentwicklung, aber auch demokratische Partizipation durch Klassenrat und Schulvollversammlungen.

„Gerade eine Schule, die im Neuaufbau ist, braucht die Chance sich zu entwickeln und eine Schule, in der sich die Lernenden wohlfühlen, das soziale Miteinander loben, die Möglichkeit haben sich auszuprobieren und demokratische Erfahrungen zu machen, ist viel

Wert. Wie wichtig den Schüler*innen ihre Schule ist, zeigt sich schon an ihrem Engagement, nicht nur bei der Veranstaltung zu Wort zu kommen, sondern sich auch schriftlich zu äußern,“ so Josephine Jahn. Zu sehen an den zahlreichen Zetteln - auf denen die Schüler*innen ausdrücken, was ihnen an ihrer Schule wichtig ist - die zur Diskussionsrunde aushingen.

Auch von den politischen Vertretern aus Stadt und Land kamen befürwortende und unterstützende Worte. Der Abgeordnete Thomas Lippmann (DIE LINKE) nahm eine Unterschriftenliste für den Erhalt des Ganztagesprogramms entgegen und nutzte die Gelegenheit, seine Unterstützung auszudrücken. Auch der Stadtratsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Hendrik Lange (DIE LINKE) betonte dies und erklärte u.a., dass baldigst eine Resolution in den Bildungsausschuss der Stadt eingebracht wird.

„Für uns als Linksjugend Halle zeigt sich hier mal wieder das Politikversagen von CDU und SPD in den letzten Jahren. Erst ignoriert man sämtliche Warnungen, dass es einen Lehrer*innenmangel geben wird und weigert sich mit höheren Ausbildungskapazitäten darauf zu reagieren und dann wundert man sich, dass „plötzlich“ Pädagog*innen fehlen. Und wenn das Kind dann in den Brunnen gefallen ist, ist man auch nicht gewillt, flexibel zu reagieren und praktikable Lösungen zu finden, stattdessen verweist man auf Verordnungen und ändert sie nicht,“ so Dirk Gernhardt: „Ähnliches konnte man nun schon bei den Sprachbetreuer*innen sehen, die nicht nur wichtig für die Integration von Geflüchteten sind, sondern inzwischen trauriger Weise darüber hinaus einen wichtigen Teil zur normalen Unterrichtsversorgung beitragen mussten. Mit den zum Jahresende ausgelaufenen Verträgen erleben wir hier eine dramatische Situation,“ erklärt abschließend Dirk Gernhardt.

Die Linksjugend fordert die Landesregierung und den Bildungsminister Marco Tullner (CDU) auf, endlich aus ihrer Politik-Blase aufzuwachen und kurzfristig flexible Lösungen zu schaffen. Auf lange Sicht bedarf es endlich einer bedarfsgerechten Lehrer*innen-Ausbildung in Sachsen-Anhalt, wofür es nicht nur eine massive Vergrößerung der Kapazitäten an der Martin-Luther-Universität bedarf, sondern auch ausreichende Referendar-Plätze an den Schulen. Und wenn

sie einmal dabei sind, könnten sie auch endlich das Problem der Pädagogischen Mitarbeiter*innen angehen, von denen das Land auch dringend neue und viel mehr braucht - die aber noch unter einem Finanzminister Bullerjahn (SPD) lieber aus allen Finanzplänen

gestrichen wurden.

Wie war das doch gleich?

„Wir streichen alle Schulen.“

Na das hoffen wir mal nicht!

Josephine Jahn & Dirk Gernhardt

Lars Brzyk – Bewerber um das Direktmandat im Wahlkreis 73 – Burgenland-Saalekreis zur Bundestagswahl 2017 bespricht aktuelle Themen

In dieser Ausgabe: Bedingungsloses Grundeinkommen

Deutschland bezeichnet sich als Sozialstaat. Nur sehen die Schwächeren der Gesellschaft nur sehr wenig davon. Ich spreche von Familien, die trotz Arbeit und Daumenschrauben anziehen oftmals nicht ausreichend übrig haben, um sich etwas zu gönnen. Der deutsche Informatiker und Aphoristiker Jürgen Seifert hat einmal den Spruch geprägt, „ich arbeite, um leben zu können und lebe nicht, um zu arbeiten“. In vielen Familien hat sich dieses Verhältnis umgekehrt, denn zum Leben ist meist nicht ausreichend vorhanden.

Seit Jahren wird, nicht nur in Deutschland, über das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert. Im Grunde eine feine Sache. Jedem Bürger Deutschlands würde ein Grundeinkommen zur Verfügung gestellt; unabhängig davon, ob ich Putzfrau oder Manager bin. Diese feste Summe steht jedem zu – auch denen, die nicht arbeiten gehen.

Die Grundidee des bedingungslosen Grundeinkommens ist, dass einem jeden Bürger die Möglich-

keit gegeben werden soll, seine Existenz zu sichern. Ziel soll sein, dass jeder Bürger am sozialen Leben teilhaben kann. Die Modelle sprechen häufig von einem Betrag von 800 – 1.000 Euro monatlich. Von dieser Basis ausgehend kann jeder Bürger selber entscheiden, ob er lieber zu Hause bleiben möchte oder weiterhin arbeiten gehen will.

Bei der Frage zur Finanzierbarkeit gibt es verschiedene Ansätze. Zum einen wird davon gesprochen, dass die Mehrwertsteuer in Folge dessen angehoben werden muss und einige Sozialleistungen gestrichen werden müssen. Der andere Ansatz ist ein Modell, welches mir persönlich besser gefällt: eine einheitliche Einkommenssteuer, die mit dem bedingungslosen Grundeinkommen verrechnet wird. Ein Geringverdiener würde so ein zusätzliches Einkommen erhalten, Spitzenverdiener zahlen dafür ein bisschen drauf.

Euer Lars



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Januar Geburtstag haben.



Der Ortsverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE

lädt seine Mitglieder und Interessierte zur
nächsten Zusammenkunft

**am Mittwoch, 1. Februar 2017, 16 Uhr
in den Linken Laden (Leitergasse 4) ein.**

Im Mittelpunkt wird der Entwurf des Programms
der LINKEN für die Bundestagswahl stehen.

Senioren-Cafe' am 25.01.17

ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:
Wir begrüßen Gäste aus der Armenischen
Gemeinde Halle



PREISSKAT in Halle am Donnerstag, dem 24. Februar 2017

Beginn: 14:00 Uhr Ende: gegen 18:00 Uhr
Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saale-
ufer, Böllberger Weg 150.

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen
Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierer-
tisch und 27 Spiele am Dreiertisch und nach der
Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e. V.
Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.

Das muss DIE LINKE auch wieder schaffen.

Name: Lars Brzyk
Alter: 31 Jahre
Familienstand: ledig
Beruf: Bäckermeister
Tätigkeit: selbständig mit mehreren Bäckereifilialen

1. Ich kandidiere im Wahlkreis/ Kreis: WK 73 Burgenlandkreis/ Saalekreis

2. Was hat Dich bewogen, für die Bundestagswahl 2017 zu kandidieren?

Das Ergebnis der Landtagswahlen für DIE LINKE hat mich schon sehr erschrocken. Bisher waren wir immer die Kümmererpartei, die Partei der kleinen Leute. Nun hat eine neue Partei geschafft, diese Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Und weshalb? Sie haben den Wählern zugehört und sich ihrer Belange angenommen, vermeintlich. Das muss DIE LINKE auch wieder schaffen. Da ich aus dem Wahlkreis stamme und dort stark verwurzelt bin, kenne ich die Probleme der Region. Ich möchte weiterhin mit den Bürger*innen ins Gespräch kommen und mich ihrer Probleme annehmen. Das fehlt mir allzu oft bei unseren Mandatsträgern, die bereits zu lange ihre Posten innehaben. Weiterhin möchte ich Teil des Umbruchs unserer Partei sein. Mit der neuen Landtagsfraktion ist uns eine Verjüngung gelungen, deren Trend ich gern auf Bundesebene fortsetzen will.

3. Was sind deine programmatischen Zielstellungen für Deine Kandidatur?

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt wirbt mit dem Spruch „Ein Land zum Leben, ein Land zum Bleiben“. Genau das möchte ich erreichen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Familien eine Perspektive haben und Arbeit und Familie sicher und ohne finanzielle Engpässe unter einen Hut bekommen. Ich bin stark im Sport verankert und setze mich dafür ein, dass Kinder bis 16 Jahre in Vereinen gefördert werden und kostenfrei Sport treiben können. Außerdem will ich den Mittelstand stärken. Er ist die Basis unserer Gesellschaft in Sachsen-Anhalt. Wenn der Mittelstand kaputt geht,

werden viele Arbeitsplätze wegfallen und junge Menschen haben noch weniger Antrieb, in unserem Land ihre Zukunft zu planen. Wir müssen Jungunternehmer und Start Ups fördern und ihnen Anreize



bieten, ihre Unternehmen in der Heimat zu gründen. Des Weiteren möchte ich mich auch für das Handwerk einsetzen, in welchem ein Mindestpreis schon längst überfällig ist. Die gute Qualität ist nur zu halten, wenn eine entsprechende Entlohnung geschieht. Zudem möchten die Mitarbeiter des Handwerks auch ihr Auskommen haben und entsprechend ihrer Ausbildung entlohnt werden. Diese Verantwortung tragen die Verbraucher. Sie sehen, das Feld Arbeitspolitik ist randvoll gespickt mit Themen, die unsere Bürger*innen bewegen. Und dabei berühren Sie auch andere Felder wie Kultur und Bildung. Ich werde mit diesen Bereichen eng zusammenarbeiten, um den Bürger*innen in unserem Land eine Unterstützung anbieten zu können, die sich nicht nur im Portemonnaie auswirkt.

4. Was sind Deine Ziele für Deinen Wahlkreis?

Diese sind eng verbunden mit meinen Zielstellungen. Ich möchte gemeinsam mit den Bürger*innen eine Region aufbauen, die fruchtbar ist und jungen Leuten eine Perspektive bildet. Dafür werde ich in engen Dialog mit unseren Genoss*innen und den Bürger*innen gehen. Ich kann nur dann für sie da sein und ihre Interessen durchsetzen, wenn ich mir ihre Probleme anhöre. Gemeinsam werden wir einen Weg finden, die Region zu erstarken und lebenswerter zu machen.

5. Wie wird es Dir gelingen, die schwierige Brücke Bund/ Land/ Region zu schlagen?

Da ich in der Region beheimatet bin, ist es mir eine Pflicht, vor Ort zu sein und immer ein offenes Ohr an Stammtischen und Diskussionsrunden zu haben.

Endspurt im internen Wahlkampf

Der Wahlkreis 73 – Burgenlandkreis und Saalekreis – wählt seinen Direktkandidaten am 21. Januar in Weißenfels. Gut 14 Tage vorher, am 4. Januar, stellten sich die beiden Bewerber Birke Bull-Bischof und Lars Brzyk bei einer gemeinsamen Versammlung der BOen Mücheln und Braunsbedra in Branderode vor. Birke Bull startete den Abend mit ihrer Vorstellung. Sie berichtete knapp von der Situation nach der Landtagswahl, dem Gefühl, wenn eine Partei wie die AfD auf einmal besser abschneidet als die eigene. Grund dafür sieht sie vor allem darin, dass DIE LINKE nicht mehr, wie die PDS früher, um Anerkennung kämpfen muss. DIE LINKE gehört mittlerweile zu den etablierten Parteien und würde abgestraft für eine Politik, die sie nicht gemacht habe. Die regierenden Parteien schreiben in ihren Koalitionsverträgen Versprechen nieder, die sie nie halten. Sie mahnt da z.B. die Angleichung der Renten im Osten an das Niveau des Westens an. Dieses Versprechen stehe nun zum dritten Mal im Koalitionspapier, die Hoffnung auf Umsetzung bestehe weiterhin. Jedoch macht sich bei den Wählern eine Verzweiflung breit, die auf der Ungerechtigkeit in der Politik fußt. Birke rief zu mehr Angriffslust auf, „wir müssen Fragen ansprechen, die den Menschen unter den Nägeln brennen“. Thematisch benennt sie dafür die Ausländerbetreuung und die Kommunalverwaltung als Beispiele. Für ihre Kandidatur im Bundestag hat sie sich vorgenommen, für Bildungspolitik, Sozialpolitik und die Energiepolitik einzustehen. Im letzteren Themenfeld müsse sie sich noch einarbeiten, hier spräche sie derzeit nur „wie die Blinde von der Farbe“. Auch musste sie sich den Fragen von Vorsitzendem Andreas Jirmann stellen. Weshalb sie nach der Landtagsschlappe nicht zurückgetreten sei und Konsequenzen aus der Niederlage gezogen habe? Ihr Gefühl habe sie geleitet und die Bekundungen von Genoss*innen. Sie habe es als doof empfunden, die Vertrauensfrage auf dem anschließendem Parteitag zu stellen.

Ihr interner Gegner ist Lars Brzyk, der junge Unternehmer aus Merseburg mit weiteren Bäckereifilialen in Querfurt, Naumburg und Halle und Wurzeln in Weißenfels. Lars setzt verstärkt auf Regionalität. Er ist ein Kind des Burgenlandkreises und hier fest verankert. Seit 16 Jahren ist er bereits Parteimitglied und davon 12 Jahre im Stadtrat von Weißenfels tätig. Er kennt seine Region und ist mit den kommunalen

Problemen bestens vertraut. Zudem ist er hier bekannt; als Präsident des 1. FC Weißenfels und Vizepräsident vom Kreissportbund Burgenlandkreis ist er auf zahlreichen Sportveranstaltungen unterwegs und engagiert sich darüber hinaus in den Vereinen. Seine politischen Themenbereiche für das mögliche Mandat im Bundestag hat er deshalb eng mit seiner Praxis verknüpft. Zum einen möchte er Kindern bis zum Alter von 16 Jahren einen kostenlosen Zugang zu Sportvereinen ermöglichen. Zum anderen möchte er sich als Mittelständler verstärkt um den Mittelstand als ein wichtiger Pfeiler der Gesellschaft bemühen. „Stirbt der Mittelstand, dann sterben hier viele Arbeitsplätze.“ Auch dem Handwerk wird Lars großes Gewicht beimessen. Als Bäckermeister besteht sein Interesse, das Handwerk weiter zu stärken, z.B. mit einem Mindestpreis, der die Qualität seiner Produkte sichert und dazu die Arbeitsplätze seiner Mitarbeiter. Auch er wurde anschließend von Andreas Jirmann auf Herz und Nieren geprüft. Ein wichtiges Thema war der Sport. Der Unterhalt der Sportstätten obliegt den Kommunen, die sich diese Sportstätten meist nicht leisten können. Die Lösung seien Fördertöpfe, die zwar bestehen, aber als solche nicht zur Genüge genutzt würden.

Als besonderer Gast saß Alexander Sorge an der Tafel. Er stellte sich als Bewerber um das Direktmandat im Wahlkreis 74 – Mansfeld Südharz – vor. Seine Beweggründe zur Kandidatur seien die Erfahrungen aus den Ergebnissen der Landtagswahl. Er verzichte auf einen Listenplatz, jedoch habe er „s richtig Bock, Wahlkampf zu machen“.

Im Anschluss an die Vorstellungsrunde der Bewerber wurde das reichhaltige Buffet eröffnet. Die Genoss*innen trafen sich in der Gaststätte „Drei Linden“ in Branderode und ließen sich die Gaumenfreuden vom Wirt Herrn Zinnecker anschließend schmecken.

Daniela Müller
stellvertretende Vorsitzende Kreisvorstand Saalekreis
DIE LINKE Landsberg



kommunalpolitisches forum Sachsen-Anhalt e.V.

„kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V., Walther-Rathenau-Str. 57, 39104 Magdeburg

Kommunale Mandatsträger*innen
Sachkundige Einwohner*innen
Kommunalpolitisch Interessierte

Postanschrift:

„kommunalpolitisches forum“
Sachsen-Anhalt e.V.
Walther-Rathenau-Str. 57
39104 Magdeburg

Telefon: 0391 7 34 82 00
Telefax: 0391 7 34 81 67

Vereinsvorsitzende:
Marion Krischok

Amtsgericht Stendal
Registereintrag VR 10920

E-Mail: kf-isa@t-online.de
Internet: www.kf-isa.de

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unser Zeichen
Kri

Magdeburg,
16.12.2016

Liebe Mandatsträgerin, lieber Mandatsträger,

wir laden Sie/Dich recht herzlich zur Veranstaltung am Freitag, dem **20. Januar 2017** von 17:00 bis ca. 19:00 Uhr nach Magdeburg, Ebendorfer Str. 4 (Raum der Rosa-Luxemburg-Stiftung) zum Thema

“Der Weg zu Bundesmitteln – Hinweise für Kommunalpolitiker*innen”

ein.

In einer Kurzeinschätzung zum Bundeshaushalt 2017 skizzieren **Evelyn Edler** (wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten) und **Patrick Wahl** (Haushaltreferent der Bundestagsfraktion DIE LINKE) die Auswirkungen auf die Kommunen.

Erläutert werden auch die Fördermöglichkeiten für den kommunalen Haushalt für 2017. Gerne werden Fragen beantwortet und wir freuen uns über Ihre/Deine eigenen Erfahrungen.

Wir bitten zwecks organisatorischer Vorbereitung um eine Anmeldung zu dieser Veranstaltung.

Mit freundlichen Grüßen

Marion Krischok
Vereinsvorsitzende

Evelyn Edler
Vereinsmitglied



Post von Lene

Liebe ältere und jüngere Mitmenschen, leider hat es während der Weihnachtsferien nicht geschneit und Rodeln fiel aus.

Regen, Regen, Regen statt Schnee! Mist!

Also war nur Stubenhocken angesagt? Zum Glück fiel meinen Großeltern ein, dass wir ja mal in die Schwimmhalle gehen könnten, natürlich zusammen mit meinen besten Kumpels Leo und Anton. Das war absolut cool und wir waren happy.

Oma hätte jetzt garantiert wieder gemeckert wegen cool und happy, dabei habe ich nicht mal das Denglischwort uncool benutzt. Sie ist eben rein sprachmodern gesehen nicht auf dem neusten Stand. Aber die Idee mit dem Schwimmbad war einfach toll. Wenn ihr denkt, dass wir nur im Kinderplantschbecken rumgehopt sind, habt ihr euch geschnitten. Wir waren natürlich im Tiefen und machten auch Köpper vom Startblock ohne Bauchklatscher, sondern richtig. Wir haben dann ein Wettschwimmen unter Opas Oberaufsicht gestartet. Anton und Leo waren leicht schneller als ich, muss ich zugeben. Aber meine Köpper waren bestimmt schicker.

Das Stubenhocken habe ich natürlich wieder zum Rumstöbern in Zeitungen und so und Lauschen genutzt und mir so meine Gedanken gemacht.

Wie geht es nun zum Beispiel in Sport nach den Ferien weiter? Kriegen wir nun eine neue Sportlehrerin (am besten eine, die auch in Deutsch unterrichtet. Vielleicht werden wir den Herrn Reim los, damit die Vorzieherei mit der Markenklamottenpaula wegfällt und mehr Gerechtigkeit da ist)? Auch bin ich gespannt, ob wir ab Januar weniger Ausfall haben. Jetzt kann das ja der neue schwarzgefärbte Minister namens Tullner es nicht mehr auf andere schieben. Oma murmelte ja damals, dass er ja nun mit dem Direktor des Landeschulamtes einen Sündenbock(?) gefunden und „geschasst“ hat, obwohl der im Unterschied zum Herrn Minister eine Schulkompetenz gehabt hat. Naja, warten wir es ab!

Nun muss ich euch schreiben, dass ich in letzter Zeit ziemlich traurig war, weil das mit den Kriegen überall nicht aufhört, im Gegenteil. Ich finde es immer schlimmer.

Beim Lauschen habe ich mitgekriegt, dass die Länder Syrien und Irak zum Beispiel vor vielen Jahren eine Art hohe Kultur hatten und dort schon prächtige Bauten

und Statuen entstanden sind, als unsere Urururvorfahren noch mit der Trommel um den Busch gelaufen sind und in elenden kleinen Holzhöhlen gelebt haben.

(Da muss ich doch mal in meinem Geschichtsbuch von der Fünften nachgucken).

Nun habe ich im Fernsehen die zerstörten Städte gesehen und Frauen und Kinder in den Trümmern. Bomben haben das angerichtet. Und die haben die Syrer oder Iraker nicht gebaut, sondern die stammen von den USA und den europäischen Ländern, habe ich gelesen.

Meinen Papa habe ich danach auch gefragt. Und er hat mir erzählt, dass die Amis im Jahre 2003 durch ihren Geheimdienst - ihr wisst schon NSA - angeblich herausgefunden haben wollen, dass es dort furchtbare chemische und biologische Waffen gegeben hätte, die Unheil über die ganze Welt bringen konnten. Das war eine große Lüge! Und dann wurden Bomben abgeworfen! Vieles wurde zerstört und Elend und Not über die Bevölkerung gebracht. Und keiner wirft das heute den USA vor. Warum nicht? Ich verstehe das nicht.

Ich lese in Omas Zeitungen und immer wieder Krieg, Krieg, Krieg. Dann habe ich einfach mal wieder gelauscht, was wohl wir Deutschen für eine Rolle spielen. Und da habe ich manches erfahren, was ich nicht so richtig kapiere. Der rosane Wirtschaftsminister in Berlin, ein ziemlich moppeliger Herr Gabriel hatte vor den letzten Wahlen verkündet, dass er die Waffenproduktion und den Waffenexport halbieren und immer weiter „zurückfahren“ wollte. Und heute ist alles beides sogar verdoppelt. Ich denke, da steht die Waffenlobbi dahinter.

Meine Großeltern haben mir vom 2. Weltkrieg erzählt, den die Nazis unter Hitler angezettelt haben. Und der hat Millionen Tote in der Welt und in Deutschland gebracht. Und alle hätten geschworen. Nie wieder Krieg! Und nun? Ich habe gelesen, dass Deutschland an einem Hindukusch? verteidigt wird.

Wo liegt denn der in Deutschland?

Versteht ihr nun, warum ich traurig bin?

Tschüs Eure Lene



Konferenz zum sozial-ökologischen Umbau am 27. und 28. Januar Zeche Zollverein, Essen



Mit einer Konferenz zum sozial-ökologischen Umbau starten DIE LINKE. im Bundestag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung in das Jahr 2017.

In der Zeche Zollverein in Essen wollen wir mit ExpertInnen, AktivistInnen und PolitikerInnen aus Umwelt- und Klimabewegung, aus Wissenschaft und Gewerkschaften diskutieren, wie wir die gesellschaftliche Transformation vorantreiben können.

Im Vorfeld der Konferenz haben wir Dr. Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS), Fragen zu Ziel und Anliegen der Veranstaltung gestellt:

1. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist Mitorganisatorin einer zweitägigen Konferenz zum sozialökologischen Umbau. Das letzte große Treffen zu diesem Thema - zu der Zeit noch unter dem Titel „Plan B“ - liegt schon einige Jahre zurück. Jetzt planen RLS und die Fraktion DIE LINKE im Bundestag eine Neuauflage unter dem Titel „Genug für Alle - Sozial.öko.logisch“. Geht es darum, die Arbeit „nur“ fortzusetzen oder um ökologische Neuprofilierung?

Die letzte Konferenz ist tatsächlich schon einige Jahre her. Viele sind sich der Dramatik gar nicht bewusst, wie dringend notwendig es ist, sich mit der sozial-ökologischen Transformation zu beschäftigen, mit der Veränderung der Gesellschaft, der Wirtschaft, des Lebens, der Verkehrspolitik, der Stadtplanung und vielem anderem mehr. Auch sind sich viele nicht darüber im Klaren, welche Folgen die Entscheidungen, die wir heute treffen, haben.

Da kann es nicht einfach eine Fortsetzung der bisherigen Arbeit geben, sondern es muss um eine Neuausrichtung unseres sozialökologischen Profils gehen - in der Gesamtstrategie der LINKEN wie auch der Gesamtstrategie der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

2. Mit dem ersten globalen Klimavertrag von Paris hat die Öko-Bewegung Ende 2016 einen großen Erfolg errungen. Ist dieser politisch schon verpufft oder erleben wir eine Renaissance von Umwelt- und Klimaschutz?

Was den Erfolg betrifft, so sage ich Ja und Nein. Es gab in Paris tatsächlich noch Veränderungen am Vertrag, unter anderem bei der Definition des Ziels für die

Reduktion der schädlichen Treibhausgase, so dass man unter dem Zwei-Grad-Ziel bleiben will. Es ist auch gut, dass inzwischen sehr viele Staaten den Weltklimavertrag ratifiziert haben. Er kann in Kraft treten.

Die Frage bleibt aber, was jetzt in den nationalen Klimaschutzprogrammen passiert. Was die Bundesregierung mit dem Klimaschutzprogramm 2050 bisher vorgelegt hat, trifft bei weitem nicht das, was notwendig wäre und in Paris verabredet worden ist. Das heißt: Da ist ein Erfolg erreicht worden, aber eine ernsthafte Umsetzung, eine stringente Gesamtpolitik für den Klimaschutz ist in Deutschland gegenwärtig nicht erkennbar. Da werden wir alle in Deutschland noch hart arbeiten.

3. Auf der Konferenz will die Stiftung auch „harte Brocken“ wie den Kohleausstieg, die Verkehrswende und das Wachstumsdogma ansprechen. Das sind teilweise recht umstrittene Themen. Wie kann die Linke grüner werden und sollte sie das überhaupt?

Zunächst: Es geht nicht darum, dass die LINKE grüner werden soll, sie muss von ihrer gesamten Ausrichtung her genauer auf diese Themen schauen. Wie halten wir es mit dem Wachstum? Folgen wir weiter dessen Logik. Wie sieht es wirklich mit dem Umgang mit fossilen Rohstoffen aus? Wie betrachten wir die Energiewende und wie weit wollen wir da gehen? Und was hat soziale Gerechtigkeit mit alledem zu tun? Insofern geht es nicht darum, ökologischer zu werden, sondern darum, die Forderungen und Themen, die mit dem Begriff sozialer Gerechtigkeit zusammenhängen, weiter auszudehnen. Und da müssen

wir globaler werden. Ich habe den Eindruck, dass die LINKE Probleme und Folgen der sozialökologischen Transformation noch sehr rational und regional betrachtet und zu wenig die globale Sichtweise einnimmt.

4. Kann denn zum Beispiel der Kohleausstieg gerecht sein?

Auch der ist nicht nur eine ökologische, sondern eine zutiefst soziale Frage. Natürlich geht es um Arbeitsplätze, aber im Kern auch um die Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft. Hier ist vieles verschlafen worden

in den letzten Jahren, vor allem, einen solchen Strukturwandel langfristig auf den Weg zu bringen und darüber nachzudenken, wie die erneuerbaren Energien ausgebaut und genutzt werden können.

Wir als Stiftung müssen uns, wenn wir ernst genommen werden wollen, solchen Fragen wirklich zuwenden und das mit allen Konsequenzen, die es hat. Das tun wir noch zu wenig, insbesondere auch dort, wo die LINKE in Regierungsverantwortung steht und wo sie starke Fraktionen in den Landesparlamenten hat. Da müssen wir mehr tun. Und das soll die Konferenz leisten.

Im Vorfeld der Konferenz haben wir einigen Teilnehmenden fünf Fragen gestellt und um möglichst prägnante Antworten gebeten - heute:

Christoph Bautz, Geschäftsführer der Organisation Campact

1. Warum ist die ökologische auch immer eine soziale bzw. Gerechtigkeits-Frage?

Linke Bewegungen kranken immer wieder daran, Themen viel zu verinselt zu denken. Ökologische und soziale Fragen müssen eng verschränkt beantwortet werden. Schon vor gut 15 Jahren scheiterte Rot-Grün daran bei der Ökosteuer-Reform. Die Mehrbelastungen für sozial Benachteiligte in der Gesellschaft wurden nicht ausgeglichen. Das untergräbt die Akzeptanz für lenkende Ansätze, mit denen die wahren ökologischen Folgekosten von Produkten oder Dienstleistungen für den Konsumenten eingepreist werden.

Ich denke, wir brauchen eine grundlegende ökologische Wende in der Energie-, Verkehrs- und Agrarpolitik – und dies mit einer guten Kombination von ordnungspolitischen Verboten und Anreizen für ökologische Innovationen. Doch dies wird nur auf breite Unterstützung in der Bevölkerung treffen, wenn diese über soziale Sicherheit verfügt - und nicht große Teile von ihr mit Abstiegsängsten konfrontiert sind oder in Armut leben. Sonst begünstigt dies die Rechtspopulisten von der AfD, die gegen eine ökologische Wende streitet. Aber Ökologie und Gerechtigkeit sind auch immer eine globale Frage.

Für den Weg aus der Armut hin zu gerechter Teilhabe brauchen Menschen eine saubere Umwelt. Ohne sauberes Wasser erkranken die Kinder an Durchfall, sie fehlen oft in der Schule, viele sterben. Sind Luft und

Nahrungsmittel durch Gifte belastet, beeinträchtigt das ebenfalls Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Damit sinken die Chancen, sich aus prekären Situationen zu befreien und sich gegen Ungerechtigkeit wehren zu können.

Letztlich geht es darum, wer auf diesem endlichen Planeten noch wieviel Zugang zu den knappen fossilen Ressourcen erhält, die uns noch bleiben wenn wir das 1,5-Grad-Ziel von Paris einhalten wollen. Aus einer Gerechtigkeits-Perspektive müssen diese Ressourcen vor allem den Menschen aus dem Globalen Süden zur Verfügung stehen. Umso schneller und tiefgreifender muss die Transformation bei uns hier stattfinden, da wir verantwortlich für das ganze Klima-Desaster sind.

2. Welche Strukturen müssen sich verändern, dass ökologische Lebensweisen für alle möglich werden?

Ja, es geht in erster Linie um Strukturen und nur in zweiter um individuelles Konsumverhalten und Lebensstil. Um Strukturen zu verändern, gilt es die Macht derer zu begrenzen, die die bisherigen Strukturen betonieren – Großkonzerne mit ihren einseitigen Profitinteressen. Solange ihre Lobbydrähte in die Politik funktionieren, wird es schwer mit einer gesellschaftlichen Transformation. Aufgabe von Protestbewegungen, als dessen Teil Campact sich sieht, ist es

Gegenmacht zu erzeugen. Hierfür braucht es eine von breiten Gesellschaftskreisen getragene Bewegung, wie sie gegen TTIP und CETA vorbildhaft entstanden ist. Vorbilder für ökologische Lebensweisen gibt es in vielen traditionellen Kulturen der Welt, die sich mit modernen technologischen Innovationen ergänzen lassen. Sie müssten erhalten und gefördert werden. Beispiel Agrarwende: Hier gibt es traditionelle Anbaumethoden und neueste Forschung, die Alternativen zu hochindustrialisierten Produktionsmethoden darstellen. Hier braucht es ordnungspolitische Auflagen gegen Megaställe, Kunstdünger und Pestizide. Und eine ganz andere Subventionsverteilung als derzeit, wo Milliarden in die Hände der Agrarindustrie fließen. Die Multifunktionalität der Landwirtschaft muss honoriert werden.

3. Was sind die „harten Brocken“ für die linke Politik, denen sie sich stellen muss?

Beim Brexit und den US-Wahlen hat sich gezeigt, dass sich viele Menschen aus den mittleren und unteren Einkommenschichten abgehängt fühlen und entsprechend abstimmen und wählen. Das ist eigentlich die traditionelle Gefolgschaft der Linken. Sie muss wieder Politik für diese Menschen erkämpfen, ob es nun um Kinderarmut, Bildung, Wohnraum, Ausbildung, Arbeit, Pflege oder Rente geht.

Eine stärkere Polarisierung in der sozialpolitischen Debatte und das Herausarbeiten von Alternativen und Gegensätzen sind auch das beste Rezept gegen den Aufwind der Rechtspopulisten. Denn sie durchkreuzt die rechtspopulistische Legende, es gäbe „Block-Parteien“ und das ganze „System“ sei eine korrupte, neoliberale Elite, gegen die sich das Volk erheben müsse. Gleichzeitig ist dies eine große Chance zur Wiederbelebung unserer Demokratie.

Wichtig ist mir zu betonen, dass es eine Illusion ist zu glauben, eine linke Perspektive läge in einem Zurück zum Nationalstaat. Linke Politik wird in Zeiten der Globalisierung nur in einem europäischen Projekt durchsetzbar sein. Nur so werden wir Sozial- und Umweltstandards verteidigen und erhöhen können und einem einen Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze verhindern können, wie ihn Donald Trump und Theresa May starten wollen.

Mit gezielten und kraftvollen Kampagnen müssen wir die europäische Idee verteidigen und gleichzeitig die europäischen Institutionen zu progressiven Politik-Ergebnissen drängen. Denn ohne diese wird das europäische Projekt noch mehr an Rückhalt in der Bevölkerung verlieren.

4. Erwerb/Muße/Sorgearbeit:

Welchen Mix brauchen wir, um die Gesellschaft nachhaltig umzugestalten?

Ich finde es spannend, dass eine Debatte um eine Postwachstums-Gesellschaft mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Die Endlichkeit der Ressourcen auf diesen Planeten und die massiv wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich machen es nötig, über eine sehr grundsätzliche gesellschaftliche Transformation nachzudenken.

Hierzu wird auch eine Debatte über Zukunft der Arbeit gehören müssen. Die rasant fortschreitende Digitalisierung stellt etliche Formen von Arbeit in Frage. Gleichzeitig gibt es im sozialen und Bildungsbereich immensen Bedarf nach gut ausgebildeten Arbeitskräften. Und auch die Transformationsprozesse machen viel Innovation nötig. Wie Menschen auch immer ihre Zeit nutzen, eines ist klar: Ein menschenwürdiges Existenzminimum muss jedem zustehen und darf nicht sanktioniert werden.

5. Was machen Sie schon oder haben sich vorgenommen, um Ihren eigenen ökologischen Fußabdruck zu verkleinern?

Die Büros von Campact liegen in einem ökologisch sanierten Gebäude und in einem Neubau in Holz-Strohbauweise – dem größten Strohballengebäude Europas. Damit ist der Arbeitsort ziemlich nachhaltig und energiesparend gestaltet. Ich versuche mich überwiegend mit Bio-Lebensmitteln zu ernähren und esse möglichst häufig vegan. Und wenn es das Wetter zulässt, fahre ich die 10 Kilometer ins Büro mit dem Fahrrad.

Doch eines vermagelt dann immer wieder die eigene Ökobilanz: der Flug zu internationalen Austauschtreffen den Schwesterorganisationen von Campact rund um den Globus.

Einkommensschere zwischen Ost und West muss geschlossen werden

Pressemitteilung von Susanna Karawanskij

„Wieder einmal zeigt sich der lange Schatten der vermurksten deutschen Einheit. Wegen des Ausverkaufs der ostdeutschen Industrie nach dem Mauerfall gibt es in den ostdeutschen Ländern heute kaum gut bezahlte Jobs. Die Einkommensschere zwischen Ost und West besteht unverändert seit Mitte der 1990er Jahre und muss durch höhere Löhne gerade in Ostdeutschland endlich geschlossen werden. Es ist beschämend, dass sich ein wirtschaftlich erfolgreiches Land wie die Bundesrepublik seit einem Vierteljahrhundert eine Niedriglohnzone leistet“, erklärt Susanna Karawanskij, Ostdeutschland-Koordinatorin der Fraktion DIE LINKE, zu einem heutigen Zeitungsbericht zur Einkommensstatistik in Ost- und Westdeutschland. Karawanskij weiter:

„Im Osten ist die Zahl der Niedrigverdiener weitaus größer als die der Spitzenverdiener. In Westdeutschland hingegen gibt es mehr Menschen mit sehr hohen als solche mit niedrigen Einkommen. Mehr als 48,7 Prozent der Ostdeutschen haben ein Gehalt unterhalb

von 2.000 Euro, aber nur 34,4 Prozent der Westdeutschen. Die Bundeskanzlerin schaut seit drei Legislaturperioden tatenlos zu. Die stagnierenden Niedriglöhne im Osten werden zu massenhafter Altersarmut führen, besonders wenn die große Koalition tatsächlich den Wegfall der Umrechnung bei den Ost-Renten beschließt.

Niedriglöhne und Mini-Einkommen sind nicht gottgegeben, sondern können bekämpft werden. DIE LINKE fordert einen Mindestlohn von mindestens zwölf Euro, perspektivisch ein Verbot von Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen. Außerdem ist eine gesetzliche Regelung zur erleichterten Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen nötig. Salbungsvolle Reden zur Deutschen Einheit und zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West haben die Menschen genug gehört, es wird Zeit, dass sie davon auch etwas in ihren Geldbeuteln bemerken.“

Vorschau Februar:

Senioren-Cafe' am 22.02.17

ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:
Frau Pröter von der Volkssolidarität Halle
erläutert das neue Pflegestärkungsgesetz II

Nachruf
Unsere Genossin
Annelies Jentsch

*17.01.1928 +03.12.2016

ist im Alter von 88 Jahren, nach kurzer Krankheit, in Bad Lauchstädt, verstorben.

Wir verlieren mit ihr eine sehr engagierte
Genossin.

Wir werden Annelies in guter Erinnerung
behalten.

Basisgruppe Riebeckplatz/Hofjäger

Wir trauern um unseren Genossen
Prof. Dr. Karl-Heinz Schiller
Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken
bewahren.
Basisorganisation Halle-Kröllwitz

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

12.01.2017

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 02.02.2017